



**Niederschrift
zur 3. öffentlichen/ nicht öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der
Stadt Zossen**

Sitzungstermin: Montag, den 23.03.2009
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:16 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20, 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Sven Baranowski

Ausschussmitglieder

Herr Peter Hummer

Frau Petra Miersch

Herr Rolf von Lützwow

sachkundige Einwohner

Herr Thomas Blanke

entschuldigt

Herr Joachim Büder

Frau Kerstin Lindstedt

Amtsleiter Ordnungsamt

Frau Stefanie Klähn

Amtsleiter Rechts- und Personalamt

Herr Raimund Kramer

Gäste

Herr Carsten Preuß

Stadtverordneter

Frau Waltraud Schröder

Stadtverordnete

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Markwardt

Herr Dr. Rainer Reinecke

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Detlef Klucke

entschuldigt

Frau Ulrike Nowy

entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wurde um 19.03 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den 6 ordnungsgemäß geladenen Ausschussmitgliedern waren vier anwesend.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, den TOP 8 an das Ende des öffentlichen Teiles zu verschieben.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 09.02.2009

Das Sitzungsprotokoll wurde einstimmig beschlossen. Es wurde darauf hingewiesen, dass nicht Herr Blanke, sondern Herr Hummer als stellvertretender Ausschussvorsitzender gewählt wurde und dass noch der Text des gerichtlichen Vergleichs zu den Akteneinsichtsverfahren an alle RSO-Mitglieder übergeben wird.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Durch die Verwaltung wurden mündlich alle Anfragen aus dem letzten RSO vom 09.02.2009 beantwortet. Alle RSO-Mitglieder stimmten dem Vorschlag der Verwaltung zu, dass Frau Klähn als Leiterin des Ordnungsamtes an jeder 2. Sitzung des RSO teilnehmen sollte. Frau Klähn stellte u.a. die Erarbeitung und Verabschiedung einer einheitlichen Straßenreinigungssatzung als einen Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit dar.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Durch die Ausschussmitglieder wurden folgende Fragen gestellt:

1. Gibt es Überlegungen der Deutschen Bahn, den Bahnübergang Dabendorf instand zu setzen? Wenn ja – wann soll dies erfolgen?
2. Wie sollen die Kontrollen der Sicherheit der Bahnquerung verbessert werden?
3. Wann erfolgt die Beantwortung einer Anfrage des Stadtverordneten Herr Dr. Reinecke/LINKE zum Stand der Beanstandungsverfahren?

zu 7 Einwohnerfragestunde

Ist mangels Einwohnerbeteiligung entfallen.

zu 8 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 8.1 Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Zossen für das Jahr 2009 über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass nach § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG)
Vorlage: 035/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ordnungsbehördliche Verordnung (OBV) der Stadt Zossen über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass nach § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG)

- a) in der vorliegenden Fassung
- b) in der lt. Protokoll geänderten Fassung.

Diese Beschlussvorlage 035/09 wurde mit 4:0:0 Stimmen verabschiedet.

zu 9 Anträge von Fraktionen

**zu 9.1 Antrag der Fraktion VUB vom 30.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2009: Beschlussfassung zur Entschädigungssatzung
Vorlage: 028/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenvorsteherin wird beauftragt, den Entwurf der Entschädigungssatzung als Beschlussvorlage zur nächsten SVV am 04.03.2009 den Stadtverordneten zur Abstimmung vorzulegen.

Die BV 028/09 wurde einstimmig zur Behandlung auf der nächsten RSO-Sitzung am 18.05.2009 zurückgestellt. Dazu sollen alle Ausschussmitglieder folgende Informationen von der Verwaltung erhalten:

- Gesetzliche Grundlage – die KAEV im Gesetzestext
- Gegenüberstellung der bisherigen Satzungsregelung und dem neuen Vorschlagstext einschließlich Bemerkung der gesetzlichen Zulässigkeit
- Gegenüberstellung der kostenseitigen Auswirkungen von Neuregelungen
- Vorschlag für notwendigen Anpassungsbedarf der Verwaltung lt. KAEV

**zu 9.2 Antrag der Fraktion SPD vom 17.12.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.03.2009: Dringlichkeitsantrag - Vergütung der Kindertagespflege
Vorlage: 030/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. *Die im Stadtgebiet Zossen tätigen Tagespflegepersonen werden entsprechend der Richtlinie zur Vergütung der Kindertagespflege gem. § 23 SGB VII in Verbindung mit § 18 KitaG (Kreistagsbeschluss Nr. 4-0101/09-II vom 16.02.2009) vergütet.*
2. *Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit dem Landkreis schnellst möglich eine öffentliche rechtliche Vereinbarung zur Kindertagesbetreuung abzuschließen.*

zu 10 Beratung zur Geschäftsordnung

Der Entwurf des StGB Brandenburg soll nicht weiterverfolgt werden, da dies nur ein rudimentäres Muster ist. Ebenso soll nicht der Entwurf der GO des Kreistages TF herangezogen werden, da dieser zu viele kreistagsspezifische Formulierungen enthält. Da nach Auskunft der Mitglieder des RSO bereits in weiten Teilen eine Abstimmung des Vorschlages der SPD-Fraktion erfolgt sei und diese Arbeit nicht gänzlich überflüssig sein sollte, wurde vereinbart, diesen Entwurf zur Grundlage zu nehmen und dann einzelne Veränderungsvorschläge der Fraktionen und der Verwaltung aufzunehmen und darüber zu diskutieren.

Die Verwaltung soll dann diesen Entwurf – einschließlich Vorschlägen an die RSO-Mitglieder zur Beratung am 18.05.2009 erarbeiten. Im RSO wurden bis zum § 20 alle Veränderungen bzw. die Ergebnisse der Fraktionsvorsitzendenrunde abgesprochen.

Sven Baranowski
Ausschussvorsitzender

Raimund Kramer
Leiter Rechts- und Personalamt
und Protokollant